

HÖHERE POLITGEHÄLTER AM 1. JULI

12.648 Euro pro Monat für den Bürgermeister

alle Bezüge monatlich brutto

Funktion	bisher, Euro	neu Euro	ab 1. Juli 08 in Schilling
Bundespräsident	22.466	22.848	314.395
Bundeskanzler	20.059	20.400	280.710
Minister	16.047	16.320	224.568
Landeshauptmann	15.244	15.504	213.339
Landesrat	13.640	13.872	190.882
Nationalratsabgeordnete/r	8.024	8.160	112.284
Landtagsabgeordnete/r	5.215	5.304	72.984
Bürgermeister Graz	12.436	12.648	174.040
Vizebürgermeisterin Graz	10.430	10.607	145.955
Stadtrat in Graz	9.628	9.791	134.727
Gemeinderat in Graz	1.845	1.876	25.814

Die „Gehaltspyramide“ für österreichische Politiker/innen ist hoch angesetzt. Nur in Italien sind die Politeinkommen höher.

Um 1,7% steigen die Politgagen. Bundespräsident Fischer verdient mehr als George Bush.

Österreichs Politikerkaste bedient sich besonders unverschämt selbst. Die sogenannte „Politiker-Einkommenspyramide“ ist hoch angesetzt: International liegen unsere obersten Politvertreter im Spitzenfeld. Großbritanniens Regierungschef Gordon Brown bekommt um 50.000 Euro weniger als Gusenbauer, der sich für 20.400 Euro pro Monat das „Gesudere“ seiner Parteikollegen und anderer anhören muss.

Der amerikanische Präsident bekommt mit 400.000 Dollar pro Jahr (rund 260.000 Euro) deutlich weniger als sein Pendant Fischer in Österreich, der 319.872 Euro brutto pro Jahr (oder 22.848 Euro pro Monat) überwiesen bekommt.

Graz: Supergehälter

Da lässt man sich auch in Graz nicht lumpen und zahlt trotz riesiger Verschuldung für Bürgermeister und Vizebürgermeisterin zusammen ebensoviel wie die Republik für den Bundespräsidenten.

Privilegien abschaffen!

Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Nach unserer Vorstellung sollten sich die Einkommen der Stadtpolitiker/innen an denen von Facharbeitern orientieren. Dann könnte sie sich ein Leben mit normalem Einkommen besser vorstellen.“ Die KPÖ-Mandatarin geht hier mit gutem Beispiel voran. Sie behält nur einen kleinen Teil ihres Stadtratsgehalts, der Großteil wird für Grazerinnen und Grazer in dringenden Notlagen aufgewendet oder auch zur Finanzierung des Mieternotrufs.



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Standortvorteil: Gier

Verdienen die Österreicherinnen und Österreicher zuviel? Diesen Eindruck könnte man gewinnen, wenn man sich die „Argumente“ einiger Manager anhört. Nicht selten werden Betriebe in Billiglohnländer verlegt, weil dort noch höhere Gewinne winken.

Man sei bei uns nicht mehr wettbewerbsfähig, lautet die bekannte Leier. Manchmal genügt schon allein die Drohung mit der Abwanderung, um die Beschäftigten zum Verzicht auf Sozialleistungen oder gar zu Einschränkungen bei den Löhnen zu bewegen.

Geht es um die Einkünfte der Chefs, schaut die Sache plötzlich ganz anders aus. Die Einkünfte der österreichischen Manager sind im Vorjahr um durchschnittlich 17 Prozent (!) gestiegen. Einige kassieren pro Jahr mehr als Normalsterbliche in einem ganzen Arbeitsleben oder mehr als

das 40-fache ihrer Angestellten.

Werden die Einkommen in den Chefetagen kritisiert, werden die Kritiker sehr schnell als Neidgenossenschaft abgestempelt.

Plötzlich hört sich die Geschichte mit der Wettbewerbsfähigkeit ganz anders an: Wenn wir unseren Managern keine solchen Spitzengagen zahlen, werden sie halt ins Ausland abwandern.

Am meisten wettbewerbsfähig sind scheinbar jene Betriebe, die ihre Arbeiterinnen und Angestellten so gering wie möglich, ihre Manager hingegen besonders fürstlich entlohnen.

So gesehen dürfte Gier ein geradezu exzellenter Standortvorteil sein.

Ernest Kaltenegger

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder email:
volksstimme@kpoe-steiermark.at

Strompreiserhöhung in Graz

Graz bekommt die erste schwarz-grüne Strompreiserhöhung. Die Stromtarife werden im Schnitt um 4 Prozent erhöht.

Die KPÖ-Stadträtin Elke Kahr wies darauf hin, dass Bürgermeister Nagl und Vizebürgermeisterin Rucker im Aufsichtsrat der Stadtwerke die Mitverantwortung für diesen Anschlag auf die Brieftaschen der Bevölkerung tragen.

KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger hatt diese Pläne schon vergangenen Dezember

im Landtag aufgedeckt. Im Grazer Wahlkampf wurden diese Pläne trotz anderslautender Versprechungen nur aufgeschoben – aber nicht aufgehoben.

Die Daseinsvorsorge – dazu zählt auch die Stromversorgung – gehört in öffentliches Eigentum. Dann könnten die Preise reguliert werden.

Bürgermeister Nagl, der sich vor einem halben Jahr in Inseraten als Verhinderer der Strompreiserhöhung feiern ließ, ist dabei, das Restvertrauen der Bevölkerung in die Politik zu zerstören.